



## Landeskulturkonferenz 2013

### Die Zukunft der Kulturförderung in Mecklenburg-Vorpommern

Die LKK wurde organisiert von der Koordinierungsstelle des Netzwerkes Kulturelle Kinder- und Jugendbildung MV unter Trägerschaft des Landesverbandes für populäre Musik und Kreativwirtschaft MV - PopKW in Zusammenarbeit mit der Kreativsaison Mecklenburg für die Entwicklung des Kulturtourismus.

Kreativsaison e.V.,  
Groß Flöte 9,  
23970 Wismar,  
mail: info@kreativsaison.de

**Tagesordnung** (siehe Dokumente 00 Einladungsflyer, 01 Inhaltsverzeichnis)

### 10.00 Uhr Einführung

Zunächst begrüßte **Dr. Michael Körner**, Vorsitzender des Landeskulturrates (Neustrelitz) die Teilnehmer der Konferenz, die Referenten und Beiträger. In seiner Einführung beschrieb er die Themenfindung für die Landeskulturkonferenz und unterstrich das Anliegen, an diesem Tag ganz grundsätzlich anzusetzen: Kulturpolitik könne nur gelingen, wenn das Land, die Landkreise und die Kommunen gemeinsam handeln. Erfolgreiche Kulturpolitik müsse drei große Bereiche erfolgreich miteinander verzahnen: handelnde Personen, kommunikative Strukturen und erforderliche Finanzen.

Im zweiten Teil seiner Einführung gab Dr. Körner Einblicke in die bisherige Arbeit des Kulturrates: 2012 hatte der Rat beispielsweise der Landesregierung Empfehlungen bezüglich der Richtlinie „Kunst am Bau“, zur Förderung einer historisch-kritischen Uwe-Johnson-Gesamtausgabe und zur zukünftigen Theaterstruktur gegeben sowie Gespräche mit den Kulturträgern des Landes geführt (siehe Dokument 02).

**Wolfgang Pilz**, NDR, führte als Moderator in das Vormittagsprogramm mit einem Zitat des zukünftigen Rostocker Theaterintendanten Sewan Latchinian ein: „*Kultur kostet – aber Unkultur kostet viel mehr*“ und freute sich auf die Diskussion – Gründe gebe es in Hülle und Fülle, die Kulturlandschaft in MV benötige einiges an Pflege und Unterstützung.

## 10.30 – 11.00 Uhr Impulsreferat 1

**Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff**, Staatssekretär a. D. (Düsseldorf) sprach über „Die Struktur der Kulturpolitik in gemeinsamer Verantwortung von Kommune, Kreis und Land – Eigenständigkeit und Zusammenwirken der Ebenen“.

Er erntete von Anfang an viel Applaus – von der Feststellung, dass in seinem Referatstitel die „Basis“ für die Zusammenarbeit fehlte, die Kulturschaffenden und Bürger, bis zur Forderung nach einem Erlass der Landesregierung, der regelt, dass Projekte, die das Land fördert, auch von defizitären Kommunen gefördert werden dürfen.

Grosse-Brockhoff thematisierte in überzeugender Weise die Strukturen von Kulturpolitik in MV als Querschnittsaufgabe und vorbeugender Sozialpolitik

- auf der wichtigsten Ebene, der Kulturszene,
- auf der Ebene der kommunalen Ebene als Selbstverwaltung der Bürger, wichtigstem Partner der Kulturszene und Verantwortlichem für die kulturelle Grundversorgung,
- auf der für die Substanzsicherung entscheidenden Landesebene und
- auf der bisher fehlenden Ebene des Bundes.

Daraus folgten grundlegende Handlungsanregungen wie die Einrichtung von regionalen bzw. Kreis-Kulturräten und die Neustrukturierung der Landeskulturförderung nach dem obersten Prinzip der „Partnerschaft auf Augenhöhe“ (siehe Dokument 03).

In der anschließenden **Aussprache** stellten die Beiträger aus dem Publikum die Rolle der politischen Bildung im Rahmen der Querschnittsaufgabe Kultur heraus, sowie die Basis der Kulturschaffenden und Bürger, welche Bildung und Demokratie umsetzten, und sich weniger (Doppel-)Anträge und Abrechnungen wünschten. Die Bürokratisierung der Kulturförderung solle nicht das Handeln der Kultur in Verwaltungshandeln zwingen, konkretisierte dies z.B. Ralph Kirsten von der AG Freie Kultur (Rostock), vielmehr solle das richtige Ziel der Mischfinanzierung von der Verwaltung erleichtert werden [*großer Applaus*]. Ganz wichtig sei die Klärung des Konflikts zwischen Schulden und freiwilligen Leistungen der Kommunen und die Finanzierung des Ausbaus und Qualifizierung der Kulturverwaltungen auf kommunaler Ebene. Partnerschaft auf Augenhöhe sei eine gute Anregung, aber Formen der Einigung und Zusammenarbeit müssten erst noch gefunden werden, noch sei man Bittsteller. Und nicht zuletzt sei der Pro-Kopf-Schlüssel der Kulturförderung aufgrund der gewachsenen Struktur kurzfristig unbedingt abzulehnen. [*Applaus*]

Herr **Grosse-Brockhoff** stimmte dem bei, dass die Sozialhilfe-Trägerschaft der Kreise nicht dazu führen dürfe, dass das Geld für die durch die Sozialhilfe entstehenden Probleme ausgegeben werde. Über die gesondert zu führenden Kulturmittel sollten Fördergespräche mit Land und Kreis entscheiden, begleitet vom Kreiskulturrat mit Anregung/Kritik – das bedeute viel Kommunikation: tagsüber Gespräche führen, nachts am Schreibtisch sitzen. Im Ergebnis müssten nicht alle Wünsche der Szene befriedigt werden, sondern ein Kompromiss, ein Dritter Weg erzielt werden, hinter dem alle stehen.

Woher das Geld komme, sei eine Frage des Finanzausgleichs; darüber müsste man hier im Lande verhandeln. Die vorgeschlagenen Gesprächsebenen müssten auch

entscheiden, was mit kleinen Städten, die große Einrichtungen tragen, passiert. Aber: die Kultur dürfe nicht mehr „klopfenden Herzens“ als „Bittsteller“ zum Amt gehen und es müsste bei Mischfinanzierungen nur noch einen Ansprechpartner geben.

## 11.15 – 11.35 Uhr Impulsreferat 2

**Andreas Neumann**, dritter Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust-Parchim, hielt (kurzfristig anstelle des Landrats Rolf Christiansen) das zweite Referat mit dem Titel „Die Aufgabe der Kulturpolitik in den neuen Großkreisen. Eigenständigkeit und Zusammenwirken der Landkreise mit den Kommunen und dem Land“.

Aus Kreisperspektive beleuchtete er, wie eine zukunftsweisende Kulturpolitik auf Landkreisebene, auch/gerade nach der Kreisgebietsreform, konzipiert werden sollte. Beginnend mit einer realisierbaren Vision von Kulturpolitik sollte Kultur als Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgabe gesehen und Kulturpolitik stärker „von unten“ durch Kooperation und Vernetzung organisiert werden (Konzept der „KulturWelten“). Überraschend mahnte der Referent an, die Kulturpolitik von einer freiwilligen („Kann-,“)Aufgabe zu einer Pflichtaufgabe zu entwickeln: über eine Quotenregelung für Kulturausgaben. Die für den Tourismus, also die Wirtschaft strategisch wichtige Kultur solle so verlässlicher positioniert werden. Bei der Ausgestaltung des Anpassungsprozesses, der um Strukturentscheidungen nicht herumkommen würde, seien Kreiskulturräte als Impulsgeber und Dialogpartner zu berufen (vgl. Dok. 04).

Die folgende **Aussprache** ergab viele offene Fragen, z.B.:

- Wie die kulturelle Infrastruktur in ländlichen Gebieten vor weiterem Abbau bewahrt werden könne, wenn gerade Orchestermusiker im Bereich kulturelle Bildung in den Kommunen tätig seien – ob die Theater- und Orchesterreform dies nicht behindere?
- Ob die Pro-Kopf-Ausreichung der Landesmittel nicht nur kurz-, sondern auch langfristig problematisch sei und gewachsene Strukturen beschädige?
- Ob die kulturelle Förderung aus der Kreisumlage ausreichend sei oder die Gemeinde sich zusätzlich beteiligen sollte?
- Ob und wie in den Landkreisen Mitarbeiter entsprechend geschult werden würden?
- Ob das Land nicht weiterhin für bestimmte landesweite Infrastrukturen verantwortlich sei, z.B. Bibliotheken?
- Ob die (Landes-)Politik beraten/Kontakt herstellen könnten, um der Kultur Mittel querfinanzierend, z.B. von Lottostiftungen zu bekommen?
- Welche Schritte eingeleitet würden, dass die Kunst- und Kulturschaffenden in den jeweiligen Kreisen zur Selbstorganisation kommen?

Gefordert wurde auch, die Politik solle sich auf die Ebene der Kulturschaffenden begeben und nicht die Kulturschaffenden zwingen, auf den Verwaltungsebenen zermahlen zu werden. Angeprangert wurden zudem die geringen Kulturbudgets der Landkreise (z.B. 50.000 Euro für über 200.000 Einwohner, was bei einem Projekt mit 100.000 Euro Kosten zu einem Kreiszuschuss i.H.v. 3.000 Euro führe).

Herr **Neumann** kommentierte weder die Theater- und Orchesterreform noch die Frage nach Bundes- oder Lottomitteln. Die Entscheidung über die Mittelvergabe solle nicht durch die Verwaltung allein geschehen, sondern durch Einbeziehung von

Künstlern, als Kollegialorgan, wobei höhere Beträge nicht zu erwarten seien. In einem Landkreis, der ein Theater trage, seien außerdem signifikante Mittel bereits gebunden. Zum Beispiel sei der Kreis auch Träger einer Musikschule und strebe eine Zusammenarbeit zwischen Musikschulen und Schulen an, die sich aber aufgrund der Vielzahl von Schulträgern schwierig gestalte. Zu den Bibliotheken führte er aus, die frühere fahrende Bibliothek sei nicht genug genutzt worden, in den größeren Städten gebe es aber Angebote.

Herr **Grosse-Brockhoff** wiederholte, die Gründung eines Kreis-/regionalen Kulturrats oder eines Konvents vor Ort sei genau der richtige Weg, Lobbyarbeit für die Kultur zu betreiben – wie sich die Szene organisiert, müsse diese selber wissen, nicht das Land. Es sei aber auch Aufgabe von Verwaltung, vor Ort Kontakte und Sponsoren zu organisieren.

Er führte zum finanztechnischen Begriff der „Pflichtaufgabe“ eine dritte Kategorie ein, die „selbstverständliche kommunale Aufgabe“, zu der Kultur gehöre und die nicht beschnitten werden solle. Da müsse mindestens ein 50%-Anteil der kommunalen Ebene möglich sein, auch wenn die Kommune sonst im Minus ist: „Wenn das Land sagt, das Projekt ist förderfähig, dann wird das automatisch zur Pflichtaufgabe.“

Eine ernstzunehmende Struktur mit kompetenten Ansprechpersonen sei nur auf Kreis-, nicht auf Gemeindeebene möglich – aber das hieße nicht, dass die Kreise nur die Kreisumlage zahlen müssen und auch nicht alles an Kultur aus der Kreisumlage gezahlt werden muss. Es müsse auch zusätzliche Kulturförderung möglich sein. Abschließend lobte er die Theater- und Orchesterreform in MV als „goldrichtig“.

### 12.15 – 12.35 Uhr Impulsreferat 3

**Alfons Heimer**, Bürgermeister Blankensee, Vorpommern, referierte über „Die Aufgabe der kommunalen Kulturpolitik. Eigenständigkeit und Zusammenwirken von Amt, Landkreis und Land“.

Schnörkellos und klar sprach der ehrenamtliche Bürgermeister der nur zwei Kilometer von der polnischen Grenze nahe Stettin gelegenen Ortschaft über die Herausforderungen dörflicher Kulturpolitik. Engagiert gegen rechts und humorvoll zu Themen wie „demografischer Wandel“ und „Minuswachstum“ erwarb Heimer sich die Sympathie der Zuhörer. Mit einer fiktiven „Live-Schaltung“ in die Haushaltsbesprechung in der Kämmerei illustrierte er den Kern des Problems: Die Kategorisierung der Kultur, die Aufgabe der Gemeinden ist, als „freiwillige Leistung“ und Streichposten Nummer eins. Heimer appellierte an das Land, die Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie ihren pflichtigen sowie ihren freiwilligen Aufgaben nachkommen könnten, wollte sich aber nicht sagen lassen, er fordere „einfallslos nur mehr Geld“ – mit Blick auf die größere Politik sei der eingeschlagene Weg „alternativlos“, Amt und Kreis könnten das nicht leisten, alle Spielräume seien ausgeschöpft. Mit besserer Ausstattung würden die Gemeinden bis zu den kleinsten Dörfern Kulturförderung auf kurzem Wege aus eigener Kraft gestalten (vgl. Dok. 05).

Da der Vortrag keinen Dissens hervorrief und angesichts der fortgeschrittenen Zeit entfiel die Aussprache.

## 12.35 – 12.55 Uhr Impulsreferat 4

**Dr. Merete Cobarg**, Leiterin Kunstsammlung Neubrandenburg, öffnete mit ihrem Referat über „Kulturpolitik konkret – Eigenständigkeit und Zusammenwirken der Ebenen. Erfahrungen und Vorschläge“ zunächst den Horizont wieder, indem sie Kultur als „das Eigentliche“, das unsere Gesellschaft zusammenhält, definierte: keine Nische, sondern kreativer und wirtschaftlicher Humus, der Identifikation und Stolz stiftet. Trotzdem hatte sie ganz konkrete Vorschläge und Empfehlungen für die Kulturpolitik aller Ebenen:

- die Kultureinrichtungen und Künstler als Basis müssten entlastet werden, damit sie nicht in bürokratischen Mühlen zermahlen werden – und entsprechend Anerkennung und Entlohnung finden;
- die kommunalen Kulturverwaltungen sollten besser personell ausgestattet werden und Mitarbeiter entsprechend qualifiziert sein, damit sie als Schnittstelle und Eigenmotor in den Gemeinden agieren, im weiten Flächenland herumfahren und z.B. bei EU-Anträgen unterstützen können;
- ähnlich sollten auf Landesebene pro Kultursparte ein kompetenter Mitarbeiter zur Verfügung stehen, flache Hierarchien mit größeren Entscheidungskompetenzen, und zwischen den Ministerien bessere Absprachen und übergreifende Töpfe statt Kompetenzgerangel.

Bereichsspezifische Vorschläge waren z.B.:

- Kulturelle Bildung müsse Pflichtfach in KiTas und Schulen sein (Kreativität als Basis für Gesundheit), aber zuerst auch in der Erzieher- und Lehrerausbildung verankert werden; ein Sozialfonds könne Schulfahrten unterstützen;
- Leerstehende Denkmäler wie Gutshäuser oder Bahnhöfe sollten nicht imageschädigend verfallen, sondern kostengünstig als Ateliers oder Gemeinschaftshäuser genutzt werden;
- Landes- und Verkehrsentwicklung: Man könne von anderen Bundesländern lernen, indem z.B. das Ministerium für Landesentwicklung 1-2 Mitarbeiter abstelle, die herumfahren für MV geeignete und übertragbare Ideen wie z.B. im Taunus das Anruf-Sammel-Taxi (AST) finden.
- Kulturtourismus: Einrichtung eines rollenden Kulturmobils mit kompetentem Bearbeiter vor Ort, Infomaterial, individueller Beratung und Terminal.

Grundlegend appellierte Dr. Cobarg, dass das durch die Doppik eingeführte „Schielen nach Besucherzahlen“ nicht das einzige Beurteilungskriterium für Förderung sein dürfe. Optimistisch schloss sie, dass zwar in MV kein Goldesel versteckt sei, aber die Kulturschaffenden und das, was sie in der Praxis leisten, das Gold sind, ein Rohstoff, der anders genutzt und gehoben werden sollte: „Unser Jackpot sind unsere Angebote“ (vgl. Dok. 06).

Die anschließenden **Wortmeldungen** erweiterten die aufgelisteten Bereiche um das (verfassungsgeschützte) Plattdeutsch (auch als Maßnahme gegen die Vereinnahmung des Heimatschutzes durch die Rechte) sowie die Soziokultur (als erster oder einziger Möglichkeit, v.a. für Kinder und Jugendliche, Kultur zu erleben, in sozialen Brennpunkten und in der internationalen Arbeit). Ein Vertreter der Lottostiftung lobte die LKK als gute Sache, fragte aber, warum mögliche Goldesel nicht Stiftungen sein könnten: „Warum diese Vorsicht, eine Verbindung zwischen Kultur, Politik und Wirtschaft herzustellen?“ Man solle sich zusammensetzen und über Kooperationen nachdenken, vielleicht mithilfe des Kulturrats, um eine das landesweit zu organisieren.

## 14.00 – 14.30 Uhr Grußwort

**Mathias Brodkorb**, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: „Aspekte neuer Kulturpolitik des Landes in Zusammenwirken mit Landkreisen und Kommunen und die Zukunft der Kulturförderung in M-V“.

Der Minister bedankte sich zunächst beim Landeskulturrat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und gab sich selbstkritisch: Bei seinem Auftritt auf der LKK 2012 habe er gesagt, dass man sich um ein schnelleres, besseres und transparenteres System der Kulturförderung bemühen müsse, von dem wir heute noch weit entfernt seien. Auch seien die vom Landesrechnungshof (LRH) gerügten Mängel in der bisherigen Kulturförderung und die dadurch entstandene „missliche Situation“ (zwei Kulturträger mussten insolvent gehen) „nur mit Bedauern und nachdenklicher Sorge zur Kenntnis“ zu nehmen. Auch wenn immer Mehrere daran beteiligt seien, übernahm der Minister für den Gesamtprozess die Verantwortung, verteidigte aber auch die Mitarbeiter der Kulturabteilung des Ministeriums, die immer nur bemüht waren, ihr Ermessen in höchstem Maße auszuüben, und sehr wohlwollend den Kulturträgern gegenüber.

Der Minister machte zwei Angebote: 1) In besonders dringenden Problemlagen solle man sich sofort an die Kulturabteilung wenden, die diese Fördermittelbescheide bevorzugt abarbeite. 2) Eine deutlich größere Service-Orientierung der Verwaltung dem Kultursektor gegenüber, z.B. dadurch, dass ein Mal im Jahr, rechtzeitig im 1. Halbjahr, alle Interessenten ins Bildungsministerium eingeladen werden und eine kleine Einführung in das Haushalts- und Förderrecht erhielten (wie macht man diese Anträge, was sind die häufigsten Fehler?). Der erste Termin: 13. Mai 2013, 15-17 Uhr im Bildungsministerium, R. 49.

Auf eine Zwischenfrage, ob nicht eine Vereinfachung im Vorfeld möglich sei, reagierte der Minister mit der Erläuterung, dass nach Haushaltsverordnung vorgegangen werden und die Schrittfolge gemeinsam erarbeitet werden, die Bereitschaft beim LRH geprüft werden müsse, ob ein vereinfachtes Verwendungsnachweisverfahren möglich sei. Gespräche dazu liefen.

Danach kam der Minister zu seinem eigentlich Vortrag, in dem er den Vorschlag seines Ministeriums für eine Neuordnung der Kulturförderung nach dem Motto „Mehr Transparenz, weniger Bürokratie“ zur Diskussion stellte (vgl. Dokument 07).

Er begann mit den **rechtlichen Rahmenbedingungen** von Kulturpolitik und der Spannung zwischen grundgesetzlicher Kunstfreiheit (vor staatlichem Eingriff) und landesverfassungsmäßigem Förderauftrag, die in der Landeshaushaltsordnung (LHO) konkretisiert sei: Gefördert würde vom Land, was „von besonderem Landesinteresse“ sei – unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse. In der Konsequenz ergäben sich bestimmte Ziele des Landes, z.B. bessere Planungssicherheit (wobei die LHO institutionelle Förderung nur in Ausnahmefällen vorsieht) und Beschleunigung des Fördermittelgeschehens (so sollen möglichst am Jahresanfang alle Bescheide vorliegen).

Dabei soll die Kulturförderung entsprechend des Schwerpunkts kulturelle Bildung im Koalitionsvertrag nach einem **Drei-Säulen-Modell** neu strukturiert werden (Folie 4). In Säule 1 (und wenn möglich auch in Säule 2) solle es Zweijahresbescheide und Festbetrags- statt Anteilsfinanzierung geben; für Säule 3 soll gelten: Anteilsfinanzierung und jährliche Antragstellung. Der zu diskutierende Vorschlag sei eine Kommunalisierung (ob dies auch Säule 1 betreffen soll, sei zu debattieren): eine

Stadt erhalte Geld vom Land und verteilte dies dann – weniger Anträge, schnelle Entscheidungsprozesse. Vgl. die Änderungen im Überblick (Folie 8, 9) und Aussagen zur kulturpolitischen Steuerung (Folie 10). Die bei der Betrachtung der Fördermittel je Einwohner sichtbaren Ungleichgewichte (Folien 6,7) seien interessant, die Mitversorgung des Umlands müsse aber gesehen werden.

Im Anschluss stellte sich der Minister zahlreichen **Fragen** und Kommentaren der über 200 KonferenzteilnehmerInnen und beantwortete sie umgehend. Eine Auswahl:

- Die Präsentation würde noch heute mit zusätzlichem Zahlenwerk (Transparenz!) ins Netz gestellt; wann der Entwurf der Kulturförderrichtlinie veröffentlicht würde, sei fraglich. Der Minister wollte die Landesverbände einladen, einen Nachmittag lang insb. die „Kommunalisierung“, die partnerschaftliche Einbindung der Landkreise und Kommunen in der 1. Säule, zu diskutieren. Man solle sich an den Landesverband wenden und einbringen.
- Statt Fördermittelbescheiden gibt es auch Leistungsvereinbarungen (Landesgeld wird für „Absicht“ zur Verfügung gestellt, die Prüfung erfolgt im Anschluss) als Instrument, um unabhängig von der kommunalen Haushaltslage Landesmittel zur Verfügung stellen zu können.
- Wie man sich die Umsetzung dieser massiven Umstellung vorzustellen habe: Bewilligungszeitraum 1.1.2014, Antrag 1.8.2013? Als gleitende Modelle in Stufen, z.B. zunächst werden die 3-Säulen-Förderung und die Erleichterung der Investitionen eingeführt, unabhängig von der stärkeren Einbindung der Kommunen. Dann im zweiten Schritt 1-2 Jahre später erfolgt die Einbeziehung der Kommunen.
- Anteilsfinanzierung bedeute unglaubliche Bürokratisierung und der Haushaltsvorbehalt habe auch Auswirkungen auf die Bescheide – gleichzeitig aber bedeutete sie auch Notsicherung, wo Kultur nicht Pflichtaufgabe ist. Das Problem, dass die Kommune nach der Reform u.U. weniger Geld für die Kultur ausgeben könnte, sei eine zu diskutierende Frage. Bei der Festbetragsfinanzierung könnten in den Bescheiden Auflagen an die Kommunen zur Beteiligung festgeschrieben werden.
- Die Höhe der Gesamtsumme der Förderung bliebe bei der bestehenden Summe, es werde nicht weniger – ob mehr, sei abhängig von den Haushaltsverhandlungen.
- Gibt es das Vorhaben, die Mittelverteilung *zwischen* den drei Säulen auch auf den Prüfstand zu stellen? Bislang seien die Verhältnisse noch nicht festgelegt. Die Grenzen seien porös. Es müsse (inhaltlich gut begründet) auch möglich sein, zwischen den Säulen hin und her zu schieben, z.B. vorstellbar: ein temporärer Mehraufwand für Kulturentwicklungsprojekte.
- Wie soll das auf kommunaler Ebene aussehen (nach der Kreisreform zur Personalkürzung – mehr Aufgaben mit weniger Leuten)? Was ist die kommunale Ebene (bzgl. der vier Großkreise) und wer soll die Entwicklungsgespräche initiieren? Sollte Grundförderung nicht im Kreis ansetzen, sondern in die Grund- und Mittel-Zentren und in den Städten, wo Kultur erfolgt, d.h. näher bei den Kulturschaffenden? – Kulturförderung ist Gemeinde-, nicht Landkreisaufgabe; die Landkreise sollten Geld an die Gemeinden durchleiten und keine eigene Kulturverwaltung aufbauen. Das ist nicht ohne Probleme, sondern ein Diskussionsvorschlag. Die Idee: vereinfachen, möglichst wenige Ansprechpartner. Sicher nicht mit 696 Gemeinden oder den 82+2 kreisfreien Städten.

## 15.00 – 16.00 Uhr Podiumsgespräch

„Die Zukunft der Kulturförderung in M-V“ (vgl. Dokument 08)

**Dr. Klaus Blaudzun** (Mitglied des Landeskulturrates), Geschäftsführer Institut für neue Medien, Leiter Jugend-Filmfestival, Rostock

**Ulf Dembski**, Senator und 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Hansestadt Greifswald, Leiter des Dezernates für Jugend, Soziales, Bildung, Kultur und öffentliche Ordnung

**Klaus-Jürgen Ramisch**, Sachgebietsleiter Kultur und Kreisarchiv Landkreis Nordwestmecklenburg, Wismar

**Mathias Brodkorb**, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Moderation: **Dr. Michael Körner**, Vorsitzender des Kulturrats des Landes MV

Zunächst erging an die drei Podiumsreferenten außer dem Minister die Frage, welche Schwerpunkte zukünftiger Kulturfinanzierung sie, wenn sie Minister wären, in den Mittelpunkt stellen würden.

Dr. Klaus Blaudzun hob als Grundsätze „Partnerschaft auf Augenhöhe“ und „Transparenz“ hervor und wünschte sich den Schwerpunkt „kulturelle Bildung“. Klaus-Jürgen Ramisch, als Verwaltungsexperte, bemängelte, dass zwar über Subsidiarität, aber nicht über Konnexität geredet würde, und dass die vorgeschlagenen Reformansätze nur verwaltungstechnische Überarbeitungen einer alten Förderrichtlinie seien – und nicht die „hohe Kunst“ der Kulturpolitik, die mehr sein müsse als das Weiterreichen von Mitteln. Ulf Dembski forderte, wie im Sportbereich auf ein längerfristiges Modell umzustellen und mit vertraglichen Vereinbarungen zu arbeiten; bezüglich der Verlagerung der Verantwortung auf die Kreise äußerte er Skepsis.

In einer zweiten Runde sollten die Befragten ihre Position zu dem Drei-Säulen-Modell des Ministers darlegen.

Ulf Dembski sah mit dieser neuen systematischen Einteilung keine Probleme; positiv bewertete er die längerfristige Bindung in Säule 1, den Schwerpunkt auf kultureller Jugendbildung, die Vereinfachung der Fördermittelvergabe und die offene Diskussion vor der Umsetzung. Klaus-Jürgen Ramisch fand richtig, nicht alles beim Alten zu lassen und begrüßte den Gedanken der Subsidiarität zur Vermeidung von Doppelarbeit – es gelte aber, das Verfahren der Übertragung der Mittel für die 1. Säule (Grundversorgung) zu regeln, damit nicht zuviel über Weisungen und Richtlinien reguliert würde. Dr. Klaus Blaudzun gab die einhellige Bewertung des Kulturrats weiter: Das Grundprinzip sei sinnvoll und unterstützenswert, es sei aber zu diskutieren, ob über Verwaltungsvereinfachung Effizienz herstellbar sei – und wie die Reform auch eine Gestaltungsreform sein könne, bei der das Land in der Pflicht sei. Er sah auch eine Chance, im Einvernehmen der Beteiligten „Kulturräume ‚light‘“ zu schaffen und von Sachsen und seinen Kulturkonventen zu lernen.

Zuletzt erging an den Minister die Bitte, auf die Äußerungen Ihrer Gesprächspartner zu reagieren.

Minister Brodkorb fand die Frage nach der großen kulturpolitischen Vision fragwürdig und sah sich nicht als VEB Kultur; nicht dirigistisch, sondern im Zusammenspiel zwischen den Beteiligten solle der Staat „ermöglichen“. Er freute sich, dass die Idee der drei Säulen konsensfähig zu sein schien und wiederholte bezüglich der Frage der Verflechtungsbeziehungen zwischen Land und Landkreisen sein Gesprächsangebot an allem, ihre Meinung mitzuteilen: „Wie würden Sie sich entscheiden, was wäre Ihrer Meinung nach vorzugswürdig? Wir wollen die Entscheidung treffen, die im Land den meisten Mehrwert bringt. Sowohl inhaltlich als auch verwaltungstechnisch.“

Zum Abschluss der Konferenz dankte Organisator Körner den Vormittagsrednern und hob insbesondere den Appell des Vorsitzenden des Landkreistages hervor, Kultur zur Pflichtaufgabe zu machen.

Er ermutigte alle sich zu beteiligen, Kreiskulturkonferenzen durchzuführen und diese zu Kompetenzzentren zu machen– die LKK sei (nur) ein Anfang. Der Kulturrat würde im Schulterschluss mit dem Ministerium weiterarbeiten. Er persönlich würde in die Staatskanzlei einbringen, dass es berechtigte Ängste und Sorgen gäbe, und den Kontakt zum Kulturausschuss des Landtags suchen, denn die Kultur brauchen Partner.

Vielen Dank allen Mitwirkenden.